

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkontos: Dresden 1534  
Kassette Riesa Nr. 52

Nr. 126.

Sonnabend, 31. Mai 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Elben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Zeilezeitung 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und teurerer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Tägliches Anzeigenscheinblatt keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Die Militärkontrolle als Aufrast.

BPD. Die Antwortnote der Vorkonferenz auf die letzten deutschen Mitteilungen hinsichtlich der Wiederaufnahme der interalliierten Militärkontrolle ist von hochpolitischer Bedeutung. Die deutsche Regierung hatte, entsprechend den Bestimmungen des Versailler Vertrages, den Vorschlag gemacht, daß nuncmehr die interalliierte Militärkontrolle ihre Tätigkeit für Deutschland beende und die Überwachung der deutschen Rüstungen von nun an durch den Völkerbund erfolgen solle. Es war weitläufig, daß die englische Regierung noch vor wenigen Monaten bereit war, diesen deutschen Vorschlag nachdrücklich zu unterstützen, da England ebenfalls der Meinung war, daß der Völkerbund seinen eigentlichen Zweck in den Rüstungsbeschränkungen nuncmehr zu erfüllen habe. Diese Tatsache ist geblieben, das größte Aufsehen hervorgerufen, zumal die Note der Vorkonferenz im vollen Einklang mit dem Versailler Vertrag steht. In den Berliner diplomatischen Kreisen erblickt man darin den Auftakt zu einer gemeinsamen französisch-englischen Front gegenüber Deutschland, die besonders in der Frage der Reparationen und der von Frankreich geforderten „Sicherheiten“ von neuem hergefordert werden soll, um ein politisches Druckmittel gegenüber Deutschland in der Hand zu haben. Die englischen Politiker seien offenbar der Meinung, daß es notwendig ist, mit einer französischen Regierung zusammen zu arbeiten, um eine Wiederkehr des für England gefährlichen Vorkonferenz-Kurses zu verhindern. Die englisch-französische Freundschaft werde wahrscheinlich auf Kosten Deutschlands von neuem hergestellt und gelte als Herrschaft des Versailler Vertrages, die die Vormachtstellung der westeuropäischen Staaten über ganz Europa bezeichnen soll.

In Deutschland muß man sowohl den Ton als auch den sachlichen Inhalt der neuen Militärkontrollnote als eine schwere Herausforderung empfinden. Seit den deutschen Reichstagswahlen am 4. Mai sind die politischen Kreise in London und Paris bemüht, Deutschland vor einem „nationalistischen Kurs“ zu warnen, indem sie erklären, daß sie entschlossen seien, eine Festigung des „Republikanismus“ in Deutschland unter allen Umständen zu verhindern zu wollen. Die erste Dankebotsnote hat sich die deutsche Regierung auf den Standpunkt gestellt, daß die Abrüstung auf Grund des Versailler Vertrages in Deutschland vollständig beendet ist und die Tätigkeit der alliierten Militärkontrolle damit beendet sei. Der Versailler Vertrag sieht ausdrücklich vor, daß nach der erfolgten deutschen Abrüstung der Völkerbund die Überwachung der Rüstungen vorzunehmen habe, sobald es vom rein rechtlichen Standpunkt aus irgendwelche Einwendungen gegen die deutsche Auffassung überhaupt nicht gibt. Trotzdem haben die Alliierten die notwendigen Gründe gefunden, um die Militärkontrolle in Deutschland fortzuführen zu können. Nicht nur die französische Presse, sondern auch englische Blätter vom Schlage der „Daily Mail“ haben noch vor wenigen Tagen sensationell aufgemachte Beschuldigungen gegen Deutschland veröffentlicht, indem behauptet wird, in Deutschland werde insbesondere Rüstungsmaterial hergestellt und die deutsche Reichswehr sei nur ein ganz kleiner Bestandteil der deutschen Wehrmacht, die hauptsächlich durch die illegalen militärischen Organisationen der Rechtsparteien dargestellt werde. Auf diese Beschuldigungen gehen die Note der Vorkonferenz wohlweislich nicht ein, zumal die alliierten Regierungen offenbar den Glauben hegen, daß durch die Verkündungen der deutsch-feindlichen Blätter die Atmosphäre genügend vorbereitet ist, um in Deutschland neue Zumutungen hinsichtlich der Fortführung — womöglich in verschärfter Form — der militärischen Überwachungsaktivität stellen zu können. Die Note führt fünf Punkte an, in denen u. a. die Reorganisation der Polizei, die Umstellung der Kriegsindustrie und die Auslieferung der restlichen Bestände an nicht zugelassenem Kriegsmaterial gefordert werden. Deutscherseits ist man der Auffassung, daß der weitestgehende Teil der in der Note enthaltenen Forderungen auch bei schärfster Auslegung des Versailler Vertrages bereits erfüllt ist. Die Forderung auf Ueberlassung der restlichen Bestände „an nicht zugelassenem Kriegsmaterial“ zeigt allerdings, daß die Alliierten tatsächlich die Vermutung haben, in Deutschland könne Kriegsmaterial hergestellt werden, das nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht zugelassen worden ist. Man muß sich sehr wundern, auf welche Unterlagen die Vorkonferenz derartige Behauptungen stützen will. Offenbar scheint es den alliierten Mächten darauf anzukommen, von vornherein einer Rechtsregierung in Deutschland Schwierigkeiten zu bereiten, und den Druck des Versailler Vertrages wieder in Anwendung bringen zu können, um die psychologische Einstellung des deutschen Volkes weiterhin beeinflussen zu können. Man muß ersthaft bezweifeln, ob solche Methoden wirklich geeignet sind, die Lösung der wichtigen außenpolitischen Probleme zu erleichtern. Solche Systeme der politischen und psychologischen Niederhaltung Deutschlands haben, bisher wenigstens, immer nur zu dem einen Ergebnis geführt, daß alle Voraussetzungen zu einer friedlichen Verständigung über die Reparations- und Sicherheitsfrage von vornherein zerstört werden.

## Der Bürgerblock gescheitert?

X Berlin. Die deutschnationale Reichstagsfraktion sahte gestern um 7/9 Uhr abends einhellig folgenden Beschluß:

Die deutschnationale Fraktion vermag nicht darauf zu verzichten, daß in der auswärtigen und inneren Politik des Reiches eine Kursänderung erfolgt und daß hierfür bei der Regierungsbildung sichtbare Garantien geschaffen werden. Aus diesem Grunde hat sie sich stets mit aller Entschiedenheit für die Triumpfung ausgesprochen.

Da die von dem bisherigen Herrn Reichskanzler Marx geführten Verhandlungen für die vorausgesetzte Kursänderung, namentlich auch, was die entsprechende Kursänderung in Preußen anbetrifft, keine Gewähr bieten, verpflichtet sich die deutschnationale Reichstagsfraktion von einer Fortsetzung dieser Verhandlungen keinen Erfolg.

### Parteiführerbesprechung.

X Berlin. Nachdem die deutschnationale Fraktion ihren Beschluß über den Abbruch der Verhandlungen gefaßt hatte, trafen die Führer der Mittelpartei zusammen und nahmen kurz von dieser Tatsache Kenntnis.

### Die Haltung des Reichskanzlers.

X Berlin. Wie wir von unterrichteter Stelle erfahren, ist nicht anzunehmen, daß auf Grund des abgelehnten Beschlusses der deutschnationalen Fraktion der bisherige Reichskanzler Marx seinen Auftrag zur Regierungsbildung in die Hand des Reichspräsidenten zurücklegen wird. Denn der Auftrag bezieht sich nicht auf eine bestimmte Koalition, sondern lautet ganz allgemein auf die Bildung einer Regierung.

### Die Berliner Presse zur Lage.

X Berlin. Während das „Berl. Tageblatt“ und die „Post“ Zeitung der Meinung sind, daß infolge des Beschlusses der deutschnationalen Fraktion der Gedanke des Bürgerblocks endgültig erledigt ist, will der „Berl. Lokalanzeiger“ erfahren haben, daß man in der Deutschen Volkspartei den Versuch, die deutschnationalen zur Regierung heranzuziehen, noch nicht aufgegeben wolle. Der Reichspräsident empfindt gestern abend noch den bisherigen Reichskanzler Dr. Marx und den volkspartei-

lichen Abgeordneten Dr. Schock. Die die „Ausschüttung“ wissen will, soll dabei dem Reichspräsidenten der Vorschlag gemacht worden sein, den deutschnationalen Abgeordneten Dr. Hergt als den Führer der rechten Fraktion des Reichstags mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Im Gegensatz zu dieser Version steht die Meinung mehrerer anderer Blätter, daß der bisherige Reichskanzler Dr. Marx heute keine Bemühungen um die Bildung eines Kabinetts fortsetzen werde, und zwar auf der Grundlage der bürgerlichen Mittelpartei.

## Der Geschäftsausschuss und die verhaltenen Abgeordneten.

Berlin. Der Geschäftsausschuss des Reichstages verhandelte über die Anträge der nationalsozialistischen Freiwirtschaftspartei und der Kommunisten, in denen die Freilassung ihrer in Haft befindlichen Fraktionsgenossen gefordert wird. Den Vorsitz im Geschäftsausschuss übernahm auf Wunsch der Abgeordneten Bedenke (Zentrum). Staatsminister Josef Reichsministerium, gab einen ausführlichen Bericht über die, den in Haft befindlichen Abgeordneten zur Last gelegten Straftaten. Bei der Abstimmung wurde beschlossen, im Falle Hindernisse zu verlangen, daß die Haft aus Anlaß des Gesetzes aus dem Jahre 21 aufgehoben und das Verfahren während der Dauer der Sitzungsperiode eingestellt wird. Im Falle Freilassung wurde verlangt, die Strafhaft aufzuheben, im Falle Lademann die Untersuchungshaft aufzuheben, in den Fällen Bachmann, Glorin und Schlicht soweit es sich um den Münchener Fall handelt, wird Einstellung der Untersuchungshaft verlangt. Die letzten Fälle sollen erst in der nächsten Sitzung am Montag oder Dienstag, wenn genügend Aktenmaterial vorliegt, vom Ausschuss entschieden werden.

### Nächste Plenarsitzung.

X Berlin. Infolge des Beschlusses des Geschäftsausschusses wird das Reichstagsplenum voraussichtlich am Montag oder Dienstag zusammenberufen werden, um über die Immunitätsanträge des Ausschusses zu entscheiden. Die nationalsozialistische und die kommunistische Fraktion haben sich im Ausschuss verpflichtet, für diese Sitzung keine anderen Anträge zu stellen.

## Voraussetzliche Ablehnung der Note der Vorkonferenz.

Berlin, 31. Mai. Die Note der Vorkonferenz über die Fortführung der interalliierten Militärkontrolle hat auf die Berliner politischen Kreise einen äußerst peinlichen Eindruck gemacht. Man erklärt, daß diese Note geeignet sei, auf die Neubildung der Reichsregierung und auf die politische Entwicklung in Deutschland sehr ungünstig einzuwirken. Insbesondere die Forderung auf Einsetzung einer Generalinspektion des deutschen Rüstungsstandes hat in Kreisen der Rechtsparteien starke Bedenken hervorgerufen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die kommende Reichsregierung auf keinen Fall auf die Forderungen der Vorkonferenz eingehen wird.

## Zur Kreditpolitik der Reichsbank.

### Ausführungen Dr. Schacht.

X Berlin. In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank machte Dr. Schacht u. a. folgende Ausführungen zur Kreditpolitik der Reichsbank:

Durch die weitere Einziehung von Notgeld und kleinen Goldanleihebeständen ist der gesamte Zahlungsmittelumlauf auf den Stand von Anfang ds. Jrs. zurückgegangen. Erfolgreich ist, daß an Notgeld zur Zeit nur noch etwa 175 Millionen in Umlauf sind, gegen eine Milliarde am Jahresende. Die Wirkung der zurückhaltenden Kreditpolitik der Reichsbank auf die Devisenlage und auf den Kurs der Reichsmark ist offensichtlich. Die Devisenquote hat ganz erhebliche Erhöhungen erfahren können; die Notierung der Mark im Ausland ist in der letzten Zeit dauernd günstig gewesen. Die valutarische Situation der Reichsbank hat sich erheblich gebessert. Die Reichsbank ist nach wie vor entschlossen, ihre Kreditpolitik von währungspolitischen Gründen leiten zu lassen.

Die Millionen Rentenmark, die die Reichsbank noch nicht abgegeben hat, müssen dienen 1. zur Deckung von 340 Millionen täglich fälligen Rentenmark-Umverpflichtungen; 2. zur ev. Auffüllung der Kassenbestände an Rentenmarken, die in den über 400 Reichsbankankonten täglich abgedeckt werden müssen; 3. als Reisereserve. Eine Erhöhung der Papiermarkausgabe durch die Reichsbank ist ebensomenig möglich wie die Inangriffnahme dieser 300 Millionen Rentenmarkreserve, da die Höhe des als Papiermarkdeckung dienenden freien Goldbestandes eine Vermehrung der Papiermarkausgabe nicht zuläßt. Es bleibt deshalb gar nichts anders übrig, als daß die Wirtschaft sich nach der Decke streckt. Eine neue Inflation wäre nur eine Scheinhilfe. Das Reichsbankdirektorium hat sich ferner an die ausländischen

Regierungsstellen gewandt mit dem dringenden Gesuchen, die Geschäftsausschüsse zu befeitigen oder zumindest ihre Auswüchse unumgänglich zu machen.

Der Landwirtschaft ist über die bereits gewährten Kredite von rund 800 Millionen hinaus nochmals ein ansehnlicher Betrag für Auswinterungsschäden ausgemittelt worden. Die Reichsbank ist an die zurückhaltenden Regierungen herangetreten mit Vorschlägen über anderweitige Beschaffung von langfristigen landwirtschaftlichen Krediten. Alle Bemühungen um die Behebung der Kreditnot werden jedoch fehlgeschlagen, wenn nicht kühnlich Arbeitsfriede im Innern und eine Regelung unserer Verpflichtungen an das Ausland eintritt. — Der Zentralausschuss hat diese Erklärungen einstimmig zu.

## Ueber einen Abbau der Abbauberechnung

wird berichtet: Im Reichsfinanzministerium ist ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden, der eine Ausdehnung wichtiger Bestimmungen der Personalabbauverordnung vorseht. Insbesondere soll die Möglichkeit, entbehrliche Beamte jederzeit einstweilen in den Ruhestand zu versetzen, wieder beseitigt werden. Auch ist beabsichtigt, den Art. 14, wonach verbeirateten weiblichen Beamten gekündigt werden kann, dadurch günstiger zu gestalten, daß ihnen eine Pension gewährt werden soll, wenn infolge des Todes des Ehemannes oder infolge unverschuldeter Scheidung ihre wirtschaftliche Versorgung nicht gesichert ist. Ferner wird die Frage erneut geprüft, ob bei der Pensionierung von der Anrechnung des Einkommens aus Privatvermögen abgesehen werden kann. — Der im Reichsfinanzministerium ausgearbeitete Entwurf wie dem Reichsrat und Reichstag nach vorangegangener Beschlußfassung durch die Reichsregierung vorgelegt werden.

### 40 Prozent

## Deutscher Eisenbahner sollen abgebaut werden!

Paris. „Petit Journal“ meldet: Die Dienstagssitzung des Organisationskomitees für die deutschen Eisenbahnen hat dem Plan für das neue Statut der Eisenbahnen gegen die anwesenden deutschen Vertreter zugestimmt, daß die Anpassung des Personals an die neue Betriebsform, die von der Versammlung vorgeschlagen worden war, für die Zahl der Beamten und Arbeiter die Kopfzahl der englischen Eisenbahnen maßgebend sein soll. Das würde eine 40-prozentige Herabsetzung der bei der Reichsbahn beschäftigten Beamten und Arbeiter zur Folge haben. Die Beratungen sollen bis Ende des Monats abgeschlossen werden, worauf sich die deutschen Vertreter nach Berlin zurückbegeben.